

An den

Bundesausschuss Friedensratschlag

Reiner Braun, Michael Müller, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Karl-Heinz Peil, Peter Wahl.

Diskussionspapier zur weiteren Strategie der Friedensbewegung

Liebe Freundinnen und Freunde,

an der von euch mit den Überlegungen vom 9.12.2025 angeregten Diskussion möchten wir uns gern beteiligen. Wir bitten die Verzögerung unseres nachfolgenden Beitrags nachzusehen in Anbetracht der Feiertage und unserer notwendigen internen Abstimmung.

Wir teilen im Wesentlichen eure Darstellung der politischen Ausgangslage. Die friedenspolitischen Herausforderungen, Punkt 4 des Papiers, sind aus unserer Sicht allerdings allzusehr auf den Horizont der traditionellen Friedensbewegung beschränkt und mit der Prognose deren Verschwindenseins in zehn Jahren geradezu frustrierend. Ihr erwähnt als Aktivisten und mögliche Bündnispartner in der jüngeren Generation nur die Schüler gegen die Wehrpflicht und andere wichtige Organisationen sowie Einzelpersonen mit bedeutender Followerschaft überhaupt nicht. Mit dem Fazit „Es gibt hier keine einfachen Lösungen“ entsteht der Eindruck, dass solche potentiellen Bündnispartner entweder nicht wahrgenommen werden oder gar außen vor bleiben sollen. Dazu folgende Beispiele:

Rheinmetall Entwaffnen

Der Kern dieser Gruppierung besteht aus jungen Aktivisten, die Risiken nicht scheuen. Sie haben bekanntlich im September des vergangenen Jahres 3000 Teilnehmer an ihrem Camp/der Demonstration in Köln trotz absehbarer Gefahren auf die Straße bringen können. Auf Instagram haben sie 19.800 Follower. Wir sind überzeugt, dass es sich um einen unverzichtbaren Teil der Friedensbewegung handelt, der nicht ignoriert werden darf.

Martin Sonneborn

Sonneborn ist als Abgeordneter des Europaparlaments für seine „Partei“ einer der schärfsten Kritiker der Rüstungs- und Kriegsertüchtigungspolitik grundsätzlich und insbesondere der EU-Kommission, mit enormer Reichweite in den sozialen Medien: 343.928 auf X und 317.000 Follower auf Instagram sicherlich überwiegend der jüngeren Generation. Dazu das folgende Beispiel eines aktuellen Posts vom

2.1.2026 <https://x.com/i/status/2007037239985836113> . Ihn und seine Kollegin Sibylle Berg haben 775636 = 1,9 % 2024 in das Europaparlament gewählt. Auch er ist nach unserer Überzeugung selbstverständlich wichtiger Teil der Friedensbewegung.

Ole Nymoen

Der junge Publizist und Autor des Buches „Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde“ hat ebenfalls eine enorme Reichweite in den sozialen Medien: 343.928 Follower auf X und 317.000 auf Instagram. Mit Sicherheit ist er ebenfalls als Teil der Friedensbewegung anzusehen. Wir wissen nicht, ob der Friedensratschlag die oben Genannten auf dem Schirm hat, Verbindungen unterhält oder dergleichen. Aus unserer Sicht ist es im Rahmen der Strategie in den Zeiten der Eskalation dringend notwendig, entsprechende Brücken zu bauen.

Nun aber auch noch zu Punkt 4.3 eures Papieres, dem heiklen Thema der Rechtsoffenheit. Wir unterstützen ausdrücklich euer Plädoyer für Offenheit und Akzeptanz zu den Gruppen außerhalb der parteipolitischen Orientierungen wie z.B. den Freidenkern, Anthroposophen und dem European Peace Project um Ulrike Guerot. Diffus wird es aber dann bei der Abgrenzung gegen rechts. Selbstverständlich kann es keine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Kräften geben. Wo aber verläuft die Abgrenzungslinie? Was ist mit den Politikabgewandten und auch den AfD Wählern, von denen die Mehrheit nach unserer Meinung keine Rechtsextreme und auch nicht organisiert ist? Zu dem Thema hat die Schriftstellerin Juli Zeh sich bekanntlich kürzlich geäußert und erneut eine Kontroverse ausgelöst. <https://taz.de/Juli-Zeh-ueber-Nachbarn-die-AfD-waehlen/!6137251/>. Wir glauben, dass sie recht hat und man durchaus überlegen sollte, wie man Leute mobilisieren kann, die die Schnauze von der Elitenpolitik und den Medien voll haben. Wir erinnern uns an Teilnehmer von Demonstrationen, die sich mit Bannern über die Ausgrenzung von Friedensfreunden beschwerten. Wir schlagen vor, diese Diskussion – so ermüdend es sein mag – fortzusetzen, und die Regeln für Aktionsaufrufe dahingehend zu konkretisieren, dass Mitglieder der AfD und anderer rechtsextremer Organisationen unerwünscht sind, d.h. bloße AfD Wähler unerwähnt bleiben. In Anbetracht der aktuell nahezu täglich weitergetriebenen Kriegsgefahr können wir es uns nicht erlauben, uns nur auf in jeder Richtung Gleichgesinnte zu beschränken.

Diesen unseren Beitrag zu der von euch eröffneten Strategiediskussion dürft ihr gerne auf eurer Seite oder sonstwo veröffentlichen.

Für das Friedenspolitische Forum Oberhausen

Michael Kosthorst, Jens Carstensen, Jürgen Soppa